

# Bildungspflicht, Deutschpflicht, Kindergartenpflicht, Schulbesuchspflicht, Ganztagschulpflicht, ... Splitter des aktuellen bildungspolitischen Diskurses (2013)

Gero Fischer

---

Die Vorstellung, bestimmte Leistungen, Outputs, Voraussetzungen etc. einfach per Gesetzesbeschluss oder sogar per Umbenennung „umsetzen“ zu können und so zur Realität werden zu lassen ist stark verbreitet. Der öffentliche bildungspolitische Diskurs ist oberflächlich und vorurteilsbeladen und stützt die autokratische, zentralistische bildungspolitische Tradition, ist aber derzeit politisch mehrheitsfähig.

## Versimpelung und unbedarftes Sicheinbringen in die Schulpolitik

Den Auslöser des aktuellen Disputes stellt der Integrationsbericht 2013<sup>1</sup> dar. In diesem Expertenbericht wird u.a. vorgeschlagen, Schulpflicht durch Bildungspflicht zu ersetzen für alle Jugendlichen von 15 bis 18 Jahren, die Mindestanforderungen in Lesen, Schreiben und Rechnen nicht erfüllen. Diese Forderung „zeigt einmal mehr die angemäße Kompetenzausweitung des Integrationsstaatssekretariats“<sup>2</sup>, das sich schon des öfteren in Sachen Bildungspolitik nicht gerade kompetent geoutet hat. An und für sich eine wenig bedeutende Wortspende, stünde sie nicht in einer Tradition von Spontaneität, Unreflektiertheit, mangelnder Sachkenntnis. Es scheint ja hier zu Lande so zu sein, dass über Erfahrung etc. Bildungs-/Schulexpertise jeder verfügt, der die Schulpflicht hinter sich gebracht hat. Wer sich etwas mehr mit dem Bildungssystem auseinandergesetzt hat, wird in den Massenmedien dann schon als „Experte“ tituiert.

So wenig ausdiskutiert die Forderung nach einer „Bildungspflicht“ war/ist, so schnell steht auch schon eine Telefon-Umfrage des Gallup-Instituts (August 2013) bereit: Das Ergebnis überrascht nicht: 82 Prozent der Österreicher plädieren für die Einführung einer Bildungspflicht. Weil das Thema schon einmal medial aufgeköchelt ist, springen gleich politische Parteien auf den Zug, so will z.B. die ÖVP Bildungspflicht im nächsten Regierungsprogramm<sup>3</sup> verankert sehen, auch die Unterrichtsministerin kann nicht hinten anstehen und zeigt sich „sehr interessiert“. Bildungswissenschaftler St. Hopmann bezeichnet völlig zu Recht hingegen die Bildungspflicht als „Verlängerung des Elends“<sup>4</sup>. Nehmen wir einmal diese Forderung ein bisschen ernst: Sollen die betroffenen Schüler die Klasse, in der sie gescheitert sind, d.h. die geforderten Bildungsziele nicht erreicht haben, so lange wiederholen, bis sie entweder 18 Jahre alt geworden sind (die „Bildungspflicht“ abgesehen haben) oder dürfen sie die Schule verlassen, wenn sie schlussendlich doch die Lehrziele erreicht haben, oder was?

## Ethnisierung

Der geschilderte Anlassfall ist symptomatisch für den bildungspolitischen Diskurs, der auf zwei Wegen Populismus und Boulevard bedient: Auf dem der Versimpelung und der Ethnisierung bildungspolitischer Probleme. Letztere bietet die Möglichkeit einer unreflektierten aber massenwirksamen Schuldzuweisung dar nach dem Muster des „Wir“ vs. Die „Anderen“: Die Migrantenkinder sind es, die „unsere“ PISA-Ergebnisse in schlechtem Licht darstellen, das Niveau drücken, ohne sie würden „wir“ ja ganz gut da stehen, ... etc. Das Delegieren der Mängel im Bildungswesen an Sündenböcke ausländischer Herkunft erscheint einfach und plausibel und ist so gut wie immer mehrheitsfähig und schiebt die Notwendigkeit,

---

<sup>1</sup> [http://www.integration.at/media/files/integrationsbericht\\_2013/Expertenrat\\_Integrationsbericht\\_2013.pdf](http://www.integration.at/media/files/integrationsbericht_2013/Expertenrat_Integrationsbericht_2013.pdf)

<sup>2</sup> Sieglinde Rosenberger: <http://derstandard.at/1375625874072/Bildungspflicht-Spontane-Idee-mit-Blockadefunktion>(6.8. 2013)

<sup>3</sup>Pressemeldungen vom 5. August 2013

<sup>4</sup>Standard 6.8. 2013

die Mängel im heimischen Bildungssystem grundlegend reflektieren zu müssen in den Hintergrund. Dass z.B. viele der „Migranten“ bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und die einheimische Bildungspolitik besonders in die Pflicht zu nehmen wäre, kann bei dieser Art von Diskurs leicht unter gehen: Die angesprochenen Probleme haben auch mit der Zuwanderung zu tun, aber eben nur „auch“ und sind folglich keineswegs nur auf Migration alleine reduzierbar.

Es ist ein kleiner Schritt von der fast „wertneutralen“ Ethnisierung bis zu mehr oder weniger versteckten xenophoben Forderungen von politischen Gruppierungen, die quasi auf solche abonniert sind. In diesen Zusammenhang gehört eine weitere „Pflicht“, denen Ausländer nachkommen sollen, nämlich die Arbeitspflicht für ausländische Studienabsolventen<sup>5</sup> (z.B. für Mediziner sechs Jahre). Diese Forderung verstößt zwar gleich gegen mehrere inländische wie internationale Gesetze, kommt aber der Bedienung xenophober Haltungen eines Teils der Wählerschaft entgegen und stellt sich wie eine Art Strafakt dar, nach dem Motto, „wenn die schon bei uns studieren, dann sollen sie gefälligst etc. ...“ Was die Autoren solcher kruden Ideen wohl nicht bedacht haben, so könnte sich diese Forderung, sollte sie tatsächlich umgesetzt werden, quassi als Bumerang erweisen: Mit großer Wahrscheinlichkeit würden auf Grund der langen Verweildauer in Österreich (Studium + Arbeitsverpflichtung) viele Betroffene definitiv im Lande bleiben, also gar nicht mehr weg gehen wollen. Das würde wahrscheinlich weiteren Anlass für xenophobe Attacks generieren – eine Endlosschleife also. Es sei in Erinbneruzng gerufen: Die bestehenden Ausländergesetzgebung machen es ausländischen (aus Drittländern) Studienabsolventen einer österreichischen Universität nicht gerade leicht hier zu Lande zu arbeiten.

#### Autokratisches Problemlösungsdenken

Zentralistische Steuerung und Kontrolle, Lenkung durch Verordnung und nicht demokratische Beteiligung im Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess haben im heimischen Bildungswesen eine lange Tradition. Die Kommunikationsformen erfolgen nach strikt hierarchischen Regeln (vgl. der berühmte „Dienstweg“). Die Autonomie der Schulen und der Lehrer ist extrem eingeschränkt auf unwesentliche Marginalien. Untertanengeist wird allenthalben gelebt und vorgeführt. Die Vorstellung in Bürokratie und Politik scheint konkurrenzlos, man müsse „oben“ nur verordnen und auf Kommando würden sich „unten“ schon die gewünschten Ergebnisse einstellen. Was in Wirklichkeit erreicht wird, sind passiver Widerstand, Fassaden, potemkinsche Dörfer.

Die Zahl und die Art der seit etwa einem Jahr verordneten bzw. diskutierten Zwangsmaßnahmen im Bildungswesen kann sich sehen lassen: Da war die Schulpflichtverletzung (vulgo „Schulschwänzen“), wofür sogar ein eigener Beauftragter installiert wurde, dann das in erster Linie an Migrantenkinder gerichtete Sprachförderkonzept für Schulkinder (mit Vorschlag der Einrichtung eigener Sonderklassen udgl.) und insbesondere die „Deutschpflicht“<sup>6</sup>. Dann kam im Zusammenhang mit der Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes die Forderung (vom Integrationssekretariat) nach einem Schulpflichtfach Staatskunde (diese Forderung hat der Staatssekretär später etwas abgeschwächt und weich geredet<sup>7</sup>). Und derzeit läuft die Debatte um die Ganztagschulpflicht, die logisch daraus abgeleitet wird, dass Ganztagschulen per se die besseren Schulformen für alle seien und aus diesem Sachverhalt eine Pflicht gemacht werden müsse. Wer das nicht wolle, der könne in eine Privatschule ausweichen (so sinngemäß die

---

<sup>5</sup> <http://derstandard.at/1376534735972/Chat-mit-Heinz-Christian-Strache>

<sup>6</sup> Gero Fischer: „Deutschkönnen“: Exklusion statt Inklusion (2013): <http://slawistik.univie.ac.at/studium/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

<sup>7</sup> Standard, 13. 7. 2013

Stadtschulratspräsidentin von Wien, notabene SPÖ<sup>8</sup>). Das ist wohl der bisherige Gipfel des autokratischen Diskurses. Dass Ganztagschulen etwas Sinnvolles sein können und dass sie ein Erfolg werden, setzt aber voraus, sehr viel Ideenarbeit und noch mehr Investitionen in Personal und räumliche Ausstattung investiert werden müssen, damit diese Ganztagschulen für die Schüler nicht ein Ort werden, wohin sie sich zwangsverpflichtet fühlen (müssen). Damit etwas Anderes herauskommt als ein Etikettenschwindel, müssten in der allernächsten Zeit finanzielle Mittel in einer Größenordnung aufgebracht werden, wofür es einerseits kaum politische Bereitschaft gibt, das lässt sich einfach erklären: Die Höhe der verstaatlichten Schulden der Finanzmisswirtschaft lassen ja wirklich kaum budgetären Spielraum dafür ...

### Schlussbemerkungen

Den österreichischen Bildungsdiskurs dominieren statt einer fundierten Diskussion, einer professionellen Problemanalyse, einer Abwägungen der Argumente etc. billige populistische Schlagwörter. Die Bevölkerung wird (von Parteien und insbesondere vom Boulevard) nicht entsprechend informiert sondern in ideologische Justamentpositionen gedrängt. Die allfällige Komplexität und Widersprüchlichkeit der Materie wird nicht einmal in Ansätzen vermittelt, statt dessen erfolgen Versimpelung und Verschlagwortung von kaum unterbietbarer Seichtigkeit. Verheerende Auswirkung hat zudem das miserable Image der Lehrerschaft, zu dem ein exzessives Lehrer-Bashing von Bildungspolitikern und Medien ihr Scherflein beitragen.<sup>9</sup>

Der herrschende bildungspolitische Diskurs muss unterbrochen werden, er muss ersetzt werden durch einen qualifizierten, professionellen Diskurs, in den sich auch unüberhör- und unübersehbar Lehrerschaft und Erziehungswissenschaft einbringen.

Sept. – Okt. 2013

---

<sup>8</sup>[http://diepresse.com/home/bildung/schule/1446642/Brandsteidl\\_Wer-mittags-heim-will-soll-in-Privatschule](http://diepresse.com/home/bildung/schule/1446642/Brandsteidl_Wer-mittags-heim-will-soll-in-Privatschule) (02.09.2013)

<sup>9</sup>St.Hopmann: „Lehrermangel wird sich zuspitzen“ in: Wiener Zeitung, 31.8./1.9. 2013, S. 29